

Wählerpotential, Wählerstruktur und Wahlstrategie der ‚Linken‘

Thesen von Prof. Dr. Michael Vester, Leibniz Universität Hannover (m.vester@ipw.uni-hannover.de) zur Diskussion am 30. 10. 2010.

In meinen Thesen möchte ich, aus der Perspektive eines unabhängigen wissenschaftlichen Beobachters, nicht isolierte Techniken des Wahlkampfes darstellen, sondern längerfristige Perspektiven entwickeln, für die die politischen Parteien verschiedene Voraussetzungen mitbringen. Die Linkspartei konkurriert vor allem mit der SPD und den „Grünen“ um ein in sich vielfältiges linkes Stimmenpotential eines partizipativen sozialökologischen Wohlfahrtsstaates. Dieses Potential ist in der Bundesrepublik nachhaltig auf mehr als 50% angewachsen, kann aber von diesen drei Parteien bisher weder sicher gebunden noch vollständig zur Wahlbeteiligung mobilisiert werden. Dies gilt auch für die Linkspartei, auch wenn sie etwa die Hälfte ihrer mehr als 10% Wählerinnen und Wähler bereits über die reine Protestwahl hinaus binden kann. Auch die Linkspartei befindet sich noch in unabgeschlossenen Klärungsprozessen.

Welche Wählermilieus können von welcher Partei auf welche Weise dauerhaft mobilisiert und gebunden werden? Wie gliedern, differenzieren und modernisieren sich die Wählermilieus? Wie können Parteien durch die Differenzierung in Flügel ein breiteres Spektrum erreichen? Diese Fragen werden hier in 14 knappen Thesen behandelt. Eingehender untersucht sind sie in drei auf umfassenden und repräsentativen Forschungen beruhenden Büchern:

Michael Vester, Peter von Oertzen, Heiko Geiling u. a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2001.

Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler, Andrea Lange-Vester: Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Vorwort von Berthold Huber, Hamburg: VSA 2007.

Heiko Geiling (Hg.): Die Krise der SPD – Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Münster: Lit 2009.

1. Die Wählerschaft bildet keinen Markt, sondern ein gegliedertes Feld.

Die Wählerinnen und Wähler sind keine individualisierten Einzelpersonen, die ohne Bindungen sind und sich jeweils völlig neu für eine politische Partei entscheiden, die ihre jeweiligen persönlichen Interessen oder Vorteile vertritt. Das gilt auch für ideologische oder intellektuelle Präferenzen oder Programme. Die öffentliche Meinung ist kein Markt, der durch das Spiel von Angebot und Nachfrage reguliert wird, sondern ein Feld, das durch relativ dauerhafte Lagerbildungen (sog. „cleavages“) gegliedert ist.

2. Politische Bindungen entstehen aus Bildern einer gerechten Sozialordnung.

Die Bindungen müssen sich primär nicht äußerlich manifestieren, etwa in der klassischen Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einer Gewerkschaft. Auch nach dem Rückgang früherer Bindungen an bestimmte Parteien oder Verbände bleiben die inneren Vorstellungen von einer gerechten sozialen Ordnung („Ordnungsbilder“) bestehen. Sie sind dauerhaft (und nicht selten auch in der Generationenfolge) verfestigt in bestimmten Ordnungsbildern. Dabei überwiegen immer noch die Ordnungsbilder des klassischen Spektrums ‚linksradikal-sozialistisch-sozialdemokratisch-sozialkonservativ-strengkonservativ-rechtspopulistisch‘. Seit den sozialen Bewegungen der 1960er Jahre ist ein neues Ordnungsbild hinzugekommen, das als „postmaterialistisch“, „zivilgesellschaftlich“ oder „partizipatorisch“ bezeichnet wird. Es geht nicht nur um die Verteilung materieller Güter, sondern auch um die Verteilung von Macht, also um Selbstbestimmung und um Mitbestimmung von unten.

3. Bindungen werden erst durch den Aufbau von Vertrauenskapital dauerhaft.

Die Präferenz für eine bestimmte soziale Ordnung ist kein hinreichender Grund für eine bestimmte Parteipräferenz. Auf der Grundlage der gleichen Ordnungspräferenz können verschiedene Parteibindungen entstehen. Eine solche hinreichende Bindung entsteht selten allein durch intellektuelle und informative Kanäle. In der Regel entsteht sie durch lange praktische Erfahrung, d. h. wenn Parteien durch ihre Praxis und durch ihre Personen vor Ort über längere Zeit Vertrauenskapital akkumulierten. Dieses „soziale Kapital“ (Bourdieu) verfestigt sich zu einer inneren, auch gefühlsmäßigen Bindung der Wählerinnen und Wähler. Von Parteirepräsentanten wird es auch in ihrem persönlichen Verhalten, Stil und Habitus buchstäblich „verkörpert“. Der Aufbau dieses Vertrauenskapitals ist daher nur durch eine lange Arbeit und Erfahrung vor Ort möglich. Das Beispiel der „Grünen“, die gegenüber der Linkspartei etwa zwanzig Jahre Vorsprung haben, zeigt, dass dies auf zwei recht unterschiedlichen Ebenen geschehen kann:

- Kümern in Alltagsangelegenheiten;
- Abgrenzen in politischen Konflikten.

Dies ist nicht ein rein technisches Geschehen, sondern die Herausbildung einer Erfahrungsgemeinschaft, in der nach und nach eigenen Werte- und Alltagskulturen entstehen. Die „Grünen“ repräsentieren insofern auch ein ganzes „Lebensgefühl“, „a structure of feeling“, wie Raymond Williams, der große Repräsentant des englischen kulturellen Marxismus es nannte. Die „Grünen“ geben die symbolischen Signale, die für die jetzt wieder erwachenden Bürgerbewegungen und die jüngeren Generationen die eigene Sprache sind. Die Linkspartei ist auf einem ähnlichen Weg und darf nicht ungeduldig werden. Da sie ihren Weg zwanzig Jahre später als die „Grünen“ begonnen hat, sind die jetzt erreichten 11 oder mehr Prozent schon ein ganz beachtlicher Erfolg.

(Es gibt auch noch ein anderes, vielleicht sogar wichtigeres historisches Beispiel. In Nordrhein-Westfalen hat die SPD Jahr um Jahr auf Kosten der CDU mehr oder minder um einen Prozentpunkt zugelegt, wir nannten das den „Genossen Trend“, bis sie dann nach Mitte der 1960er Jahre Regierungspartei werden konnte. Ihr Vertrauenskapital wurde wesentlich von den Betriebsräten geschaffen, die sich seit der Nachkriegszeit um ihre Alltagsorgen gekümmert hatten – Kartoffeln besorgen, Wohnung suchen, Formulare ausfüllen usw. Die Betriebsräte waren ursprünglich, dem ganzen katholisch-sozialkonservativen Milieu entsprechend, meist in der CDU gewesen, wurden dann Ratsmitglieder und sind schließlich angesichts der konservativen CDU-Politik in die SPD übergewechselt. Dorthin haben sie ihre Wählerinnen und Wähler, die durch den Wertewandel jener Zeit auch weniger obrigkeitsstaatlich dachten als noch ihre Eltern, meist mitnehmen können. Später erstarrte das SPD-Establishment und verlor vor allem die nächste Generation wieder an die „Grünen“.)

4. Wahlerfolge hängen mehr von der Mobilisierung der eigenen Potentiale als von Wechselwählern ab.

Wegen der tiefen gefühlsmäßigen Verankerung der Lagerbindungen ist es – entgegen der These von Angebot und Nachfrage auf dem Wählermarkt – vergleichsweise selten, dass, wie es suggestiv heißt, die Bindungen „erodieren“ und die Wähler zu „volatilen“, d.h. flatterhaften, „Wechselwählern“ werden. Die Abwanderungen von Wählerinnen und Wählern erfolgen vielmehr nach System, nach einer klaren Logik:

- Strukturelle Verschiebungen der Wählerpotentiale sind extrem langsam und erklären daher keine größeren Wahlniederlagen.
- Größere Wahlniederlagen beruhen zunächst darauf, dass von der Stammwähler, die von der Gesellschaftspolitik ihrer bestimmten Partei enttäuscht sind, lieber zu Hause bleiben. Aufgrund ihrer inneren Bindungen können sie noch nicht „die anderen“ wählen. So entsteht die optische Täuschung einer Wählerwanderung,
- Dauert die Entfremdung von Wählern und ihrer Partei länger und wachsen Konkurrenzparteien heran, die die von der Stammpartei aufgegebenen Gesellschaftspolitik glaubhaft vertreten, dann kann vor allem der jüngere Teil der Enttäuschten zu diesen wandern, während die älteren Enttäuschten eher Nichtwähler bleiben.

Diese Vorgänge sollen im Folgenden eingehender erläutert werden.

5. Volksparteien binden ein plurales Spektrum benachbarter Ordnungsmodelle.

Um was für eine Art von „Gesellschaftspolitik“ geht es? - Die Entstehung der kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten in und nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahren ist das Werk von Kompromissen und Arrangements verschiedener Klassen bzw. Klassenfraktionen. Es werden drei Modelle oder genauer: historische „Pfade“ (mit nationalen Varianten) unterschieden. Alle drei Modelle beruhen auf einer mehr oder minder mit John Maynard Keynes begründeten Wirtschafts- und Ordnungspolitik. Deren Grundannahme ist, dass der Kapitalismus aus eigener Kraft Wirtschaftskrisen und gefährliche soziale Polarisierungen nicht vermeiden und nicht überwinden kann. Er kann dies nur (und in gewissen Grenzen) durch Intervention des Staates und der Gesellschaft.

- (1) Der skandinavische (und bis 1951 der englische) Wohlfahrtsstaat entstand unter sozialdemokratischer Hegemonie. Er beruhte auf der steuerfinanzierten sozialen Sicherung und einem historisch lange angebahnten Kompromiss großer Fraktionen der organisierten Arbeiter-, Angestellten-, Bauern- und Intelligenzmilieus und der Frauenbewegung mit Teilen des moderneren Managerkapitals. Er verbesserte vor allem die Anhebung der unteren Klassen auf Standards der Mitte, die Frauengleichstellung und den Ausbau des Wohlfahrtssektors, der auch einen großen Beschäftigungseffekt hatte.
- (2) Der kontinentaleuropäische Wohlfahrtsstaat entstand unter konservativ-bürgerlicher Hegemonie. Er beruhte auf dem seit dem Bismarckschen Sozialversicherungsstaat angebahnten Kompromiss zwischen sozial-konservativen Unternehmer-, Arbeiter-, Angestellten-, Bildungs- und Beamtenmilieus und ging auch Kompromisse mit der Gewerkschaftsbewegung ein (Mitbestimmung, Betriebsräte, Lohnfortzahlung usw.). Er verbesserte die soziale Sicherheit für fast alle (sog. „Entproletarisierung“). Unangetastet ließ er die konservative Hierarchie gestufter Rechte und behinderte so die Frauengleichstellung, die Gleichheit der Bildungschancen, die Ausländergleichstellung usw.
- (3) Der angelsächsische Wohlfahrtsstaat entstand unter liberal-bürgerlicher Hegemonie. Als Kompromiss zwischen bürgerlichen Ober- und Mittelschichten betonte er stärker die private Selbstvorsorge und die Deregulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch Mobilisierung der Mittel- und Oberschichten kamen 1979 in England (Thatcher) und 1980 in den USA

(Reagan) neokonservative Regierungen an die Macht, die eine extreme Privilegierung der Oberschichten und die Deregulierung des internationalen Finanzsystems durchsetzten.

6. Die Vorstellungen eines solidarischen Wohlfahrtsstaats sind in der Bevölkerung bleibend verankert, entwickeln sich aber durch neue Dynamiken in emanzipatorischer und demokratischer Richtung weiter.

Die Grundprinzipien jedes der drei Pfade sind keine ‚intellektuellen‘, sondern praktische Überzeugungen. Sie haben sich durch lange Praxis und Erfahrungen mit den Institutionen tief in den Gewohnheiten und Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen verankert. Die Grundprinzipien sind aber nicht völlig starr. Innerhalb dieses Rahmens gibt es eine Modernisierungsbewegung zu mehr Partizipation und Emanzipation, also Mündigkeit. Dies beruht auf einer Verschiebung der Klassenstruktur hin zu den moderneren Klassenmilieus. Unvermindert, auf inzwischen mehr als 30% gewachsen sind vor allem die jüngeren und besser ausgebildeten Milieus, deren Angehörige im Beruf wie in der Lebenswelt mehr Selbst- und Mitbestimmung wünschen. Dadurch verschieben sich in der Bevölkerung die Mehrheiten nach und nach zugunsten des ersten Modells, des solidarischen Wohlfahrtsstaates. Es handelt sich um zwei parallele Prozesse, den Strukturwandel der Arbeit und den Strukturwandel der Alltagskultur.

7. Strukturwandel der Arbeit: Widerspruch zwischen Höherqualifikation und zunehmender Unsicherheit

Der Strukturwandel der Arbeit folgt aus der zunehmenden beruflichen Arbeitsteilung und Spezialisierung. Die Entwicklung der menschlichen und technischen Produktivkräfte ist in der neuen technologischen Revolution noch einmal ungeahnt gesteigert worden, verläuft aber sehr widersprüchlich. Die neoliberale Deregulierungspolitik fördert eine zunehmend ungleich Verteilung der Vorteile und Lasten dieser Entwicklung.¹ Zugleich nimmt die horizontale Differenzierung der Erwerbsstruktur durch produktivere, bessere Fachqualifikationen und Technologien zu. Beide Entwicklungen erzeugten nicht nur eine enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, sondern verstärkten auch drei große Verschiebungen in der Berufsstruktur.

- (1) *Zunahme des Bildungskapitals, der höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüsse* – Stichwort „Kompetenzrevolution“. Allein von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37% auf 47%. Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38% auf 31%. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber doch von 27% auf 22%. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9% Arbeitslosen) abgedrängt. (Vester 2010)
- (2) *Expansion der Dienstleistungsberufe auf Kosten der Industriebetriebe* – Stichwort „Tertiärisierung“. Durch steigende Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43% auf 32%. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25% auf 28%. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stiegen von 24% auf 28%. (Vester 2010)

¹ Im Interesse der internationalen Exportkonkurrenz senkten die neoliberalen Politiken die Stückkosten durch Dämpfung der Arbeitseinkommen und deren (für die Finanzierung sozialer Ausgaben wichtigen) Nebenkosten so, dass seit den 1980er Jahren die Einkommen in der sozialen Mitte stagnierten und später unsicherer wurden und dass im untersten Fünftel der Gesellschaft zunehmend unterprivilegierte Einkommens- und Soziallagen entstanden.

- (3) *Wachstum der Erwerbstätigkeit von Frauen* – Stichwort „Feminisierung“. Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war. Von 1970 bis 2001 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36% auf 44% gestiegen. (Rudzio 2003: 439)

8. Strukturwandel der Alltagskultur: Widerspruch zwischen wachsenden Emanzipationspotentialen und Politiken der Entmündigung.

Der Strukturwandel der Alltagskultur war ein paralleler, durch den Strukturwandel der Arbeit mitbedingter aber doch relativ autonomer Prozess der Veränderung der Werte, der Lebensstile und des Habitus. Hier nahm die Untertanenhaltung gegenüber Autoritäten ab und die Bereitschaft zu Selbst- und Mitbestimmung und zur Reflexion zu. Vor allem in den jüngeren Generationen differenzierten sich selbstbestimmte neue Lebensstile, Subkulturen und Mentalitäten heraus. Das Gefüge der Klassenmilieus, ihrer Alltagskultur und -praxis veränderte sich insbesondere über drei Dynamiken:

- (1) *„Partizipatorische Revolution“*. Bereits seit den fünfziger Jahren wurde mit der gewerkschaftlich erkämpften Teilhabe und den höheren Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft der alte Macht-Ohnmacht-Gegensatz zurückgedrängt. Durch die jungen sozialen Bewegungen der 1960er Jahre erhielt diese Dynamik einen neuen Schub. Soziologen sprachen von einer regelrechten *„partizipatorischen“* oder *„Teilnahmerevolution“* (Kaase 1984). Mit den neuen Technologien und intelligenten Arbeitsqualifikationen sind seit den sechziger Jahren die Bildungsstandards in immer mehr Bereichen erheblich angestiegen. Das macht immer mehr Beschäftigte fähig, ohne Anweisungen von oben eigenverantwortlich zu handeln. Machthierarchien verlieren ihre sachliche Legitimation. (vgl. Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001)
- (2) *„Bildungsexpansion“*. Dank des steigenden ökonomischen Bedarfs an höheren Qualifikationen hat auch die Bildungsbeteiligung der Kinder von Landwirten, Arbeitern und einfachen Angestellten, den früheren „bildungsfernen Schichten“ seit 1950 erheblich, wenn auch gebremst zugenommen; von ihnen gelangte etwa die Hälfte über die Hauptschule hinaus, und zwar ein Drittel auf die Realschule und ein Sechstel auf das Gymnasium und ein kleinerer Prozentsatz in ein Hochschulstudium. (Vester 2006) Die Hauptschule, auf die früher vier Fünftel der Kinder gingen, wurde mit nur einem Fünftel der Kinder zur Restschule (Geißler 2008: 275).
- (3) *„Emanzipation der Lebensstile“*. Die steigenden Wohlstandsstandards und Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichten Bewegungen der Emanzipation der Lebensstile. Besonders in der Lebenswelt sind Selbstverwirklichung und eigene Gestaltung der Lebensentwürfe wichtiger geworden. An die Stelle von Konformität und Unterordnung ist oft, wenn auch durch das neoliberale ‚roll-back‘ wieder zurückgedrängt, ein stärkeres Aushandeln und mehr Respekt vor den Einzelnen getreten.

Diese Entwicklung der Produktivkräfte und der Alltagskultur geriet seit den 1970er Jahren immer mehr in Widerspruch zur neoliberalen Ummodellierung der Institutionen. Die zunehmend ungleiche Verteilung des wachsenden Reichtums wird nicht nur als materielles Problem, sondern auch als sozialmoralisches Gerechtigkeitsproblem erfahren. Wie in den 1950er/60er Jahren werden von den Menschen erhebliche Umstellungen auf neue Ausbildungen, Berufe und Lebensweisen verlangt. Doch deren Risiken werden, anders als damals, nicht mehr wohlfahrtsstaatlich flankiert. Im Interesse des „shareholder value“ und mit Hinweis auf die steigende Arbeitslosigkeit wurden Unternehmen und Staat dazu genötigt, nach und nach Politiken der Senkung bzw. Bremsung der Lohn- und Sozialkosten und eines straffen disziplinierenden Leistungsdrucks zu entwickeln.

9. Die Linkspartei ist Teil eines wachsenden, sich verändernden solidarischen Reformlagers.

Seit den 1970er ist das Gesamtpotential, das die Parteien des rot-grünen Lagers mobilisieren können, im Bundesdurchschnitt von etwa 46% auf etwa 54% angestiegen. Parallel ist das Potential des schwarz-gelben oder ‚bürgerlichen‘ Lagers geschrumpft. Diese Verschiebung beruht auf einer Verschiebung der Klassenstruktur hin zu den moderneren Klassenmilieus. Gewachsen sind vor allem die jüngeren und besser ausgebildeten Milieus, deren Angehörige im Beruf wie in der Lebenswelt mehr emanzipatorische und demokratische Möglichkeiten wünschen. Dieser Wandel löst die Klassengegensätze nicht auf, sondern reproduziert sie auf höherer Stufe. Dabei ist dreierlei zu beachten:

- Der Mentalitätswandel ist nicht mit einer Auflösung der Arbeitnehmeridentität durch eine sog. „Individualisierung“ zu verwechseln. Er gehört vielmehr ebenso zur Identität der jüngeren Arbeitnehmermilieus wie das Bewusstsein eines Gegensatzes der Interessen und der Alltagsmoral (oder -kultur) zwischen oben und unten.
- Die Klassengegensätze spielen sich sowohl in Fragen der materiellen Verteilung wie in Fragen der Machtverteilung ab. Beide Fragen sind in der Alltagspraxis oft untrennbar miteinander verknüpft. Die Kritik an der „Arroganz der Macht“, die neuen Bürgerbewegungen, die Schülerbewegungen für gleiche Bildungschancen, die Kritik an der Umweltzerstörung ist eine bestimmte Ausdrucksform der Kapitalismuskritik.
- Die Klassengegensätze werden dabei auch „horizontal“ zwischen modernisierten und reaktionären Klassenfraktionen ausgetragen.

Daraus folgt ein doppelter Druck zur Einbindung ihrer Wählerklientele, die die alten Volksparteien nicht bewältigt haben.

- Sie haben Grundwerte „ihres“ Pfades aufgegeben und müssen daher erhebliche Abwanderungen zu Nichtwählern und zu Konkurrenzparteien hinnehmen.
- Sie haben innerhalb dieser Grundwerte ihren Pfad nicht in Richtung von mehr Selbst- und Mitbestimmung modernisiert und daher die modereneren und jüngeren Fraktionen ihrer Stammklientele verprellt.

Damit ist die CDU/CSU in der Zerreißprobe zwischen der älteren strengkonservativen Fraktion und der jüngeren, urbanen, modernkonservativen Fraktion, die mehr Bildungschancen, mehr Frauenrechte, mehr Ausländergleichstellung, eine ökologische Energiewende, mehr sozialen Ausgleich, mehr Toleranz und auch mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten wünscht. Die SPD befindet sich, wie ich nun eingehender ausführen werde, in einem entsprechenden Konflikt, der sich nach 1980 im Wachstum der „Grünen“ und nach 1990 im Wachstum der „Linken“ ausgedrückt hat.

- Die „Grünen“ repräsentieren mindestens symbolisch mehr die Werte der Emanzipation und Partizipation.
- Die „Linken“ repräsentieren mindestens symbolisch mehr die Werte des vertikalen sozialen Ausgleichs des alten solidarischen Wohlfahrtsstaatsmodells.

10. Der kapitalistische Widerspruch

Die seit den 1970er Jahren anhaltende Stagnationskrise der hoch entwickelten kapitalistischen Länder und die möglichen Auswege aus ihr lassen sich immer noch mit dem zentralen Theorem von Marx untersuchen, dem Theorem des Widerspruchs

zwischen den Produktivkräften und ihrer institutionellen Organisationsform, den „Produktionsverhältnissen“. Danach bringt die kapitalistische Gesellschaft nicht nur die Probleme hervor, sondern auch die Potentiale und Ansätze ihrer Lösung.

Marx hat die gesellschaftliche Entwicklung nicht als gradlinigen Fortschritt (wie in den liberalen Modernisierungstheorien) oder als eindimensional zunehmende Ausbeutung (wie in den reinen Verelendungstheorien), sondern als widersprüchlich strukturierten Prozess aufgefasst. Dass Marx dabei die produktive Seite des Kapitalismus besonders hervorhebt und oft sogar emphatisch preist, mag irritieren. Aber es kommt ihm darauf an, dass diese produktive Seite von den Menschen hervorgebracht ist und wieder angeeignet werden muss. Die Höherentwicklung der Produktivkräfte ist die historische Bedingung der Möglichkeit der sozialen Emanzipation und der Entwicklung von demokratischen Gegenmächten. Durch die zunehmende Arbeitsteilung, d.h. die betriebliche bis globale Spezialisierung und Kooperation der Produktivkräfte, wird die Arbeit immer mehr vergesellschaftet. Dadurch geraten sie in Widerspruch zu ihrer Organisationsform, die durch die private kapitalistischer Aneignung bedingt ist.

11. Die Handlungspotentiale und Strategien der sozialen Milieus.

Wie dargelegt worden ist, können wir bei der Analyse dieses Widerspruchs nicht nur von den *Defiziten* der arbeitenden Klassen ausgehen, ihrem Mangel an Macht, Einkommen, Bildung und Reflexivität. Wir müssen auch von den wachsenden *Kompetenzen* der arbeitenden Klassen oder, wie Marx es ausdrückt, des „Gesamtarbeiters“ ausgehen. Sie waren schon für Marx, wie Engels, die Grundlage der Herausbildung von gewerkschaftlicher, lebensweltlicher und politischer „Gegenmacht“ (im ‚Manifest‘ ist von institutionalisiertem „Gegengewicht“ die Rede).² Sie sind die Grundlagen der sozialen Bewegungen, ohne die eine linke Partei nicht stärker werden kann.

Dabei muss beachtet werden, dass die verschiedenen Klassenmilieus auch verschiedene Strategien der Alltagspraxis haben, mit denen sie ihre soziale Stellung erhalten oder verbessern wollen. Diese Strategien sind tief verankert in der Mentalität bzw. im Habitus, d.h. sowohl im Geschmack und Lebensstil als auch in den Bildungs- und Berufsstrategien. Die Gestalt des Klassengefüges lässt sich an den vereinfachenden Raumbildern und der zusammenfassenden Typologie (Abb. 1 und 2 im Anhang dieser Thesen) darstellen, die aus unseren umfangreichen und repräsentativen Forschungen entstanden sind.

- Die Abbildung 1 stellt dar, dass die Milieus sich nicht von der Ökonomie entkoppelt haben, sondern immer noch ihre Schwerpunkte in bestimmten Berufspositionen haben.
- Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass diesen verschiedenen Klassenstellungen immer noch bestimmte Klassenmentalitäten oder, zugespitzter, praktische Lebensstrategien entsprechen. Die Strategien sind gleichsam Spezialisierungen des Habitus auf die Bewältigung einer bestimmten äußeren Klassenlage. Man sieht auch noch die drei von Marx und Engels diskutierten Klassenfraktionen der arbeitenden Klassen (Kleinbürgerliche, Moderne, „Lumpenproletariat“).

² Ihr Konzept einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Demokratisierung hat Marx, wie Engels, immer weiter entwickelt. Ihr Interesse galt der allmählichen Herausbildung von Elementen der Selbsttätigkeit, Selbstregulierung, Selbstverwaltung und föderativen Koordination, die nur von den Menschen selber in der täglichen Praxis und in besonderen historischen Situationen hervorgebracht und darum auch nicht rezeptartig von oben verordnet, sondern nur ‚entdeckt‘ werden können.

- Die Abbildung 3 stellt dann empirisch feiner ausdifferenziert dar, dass sich innerhalb jeder der großen Klassenfraktionen ein Generationenwechsel hin zu moderneren, mehr emanzipatorisch orientierten Milieus abgespielt hat und noch weiter abspielt. Dem entspricht im Ökonomischen die Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Milieugliederung entspricht nicht genau der Gliederung des politischen Feldes, die wir ebenfalls über umfassende, strukturentdeckende Untersuchungen ermittelt haben (vgl. Abb. 4 im Anhang).³ Dies ändert aber nichts an unseren Folgerungen. Aus Zeitgründen möchte ich es hier bei diesem Hinweis belassen. - Insgesamt sind die modernisierten jüngeren Milieus bis etwa 2000 schon auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen und die stramm konservativen Milieus auf etwa ein Drittel geschrumpft. Zwischen beiden findet sich so etwas wie eine aufgeklärte Mitte. Aus diesen beiden Dritteln differenzieren sich anhaltend immer noch neue, moderne Milieufractionen heraus. Zusammen mit den großen, vor allem von den Gewerkschaften vertretenen fachqualifizierten Arbeitnehmern der Mitte bilden sie den Kern der Gegenkräfte, die ihre Interessen selber aktiv vertreten können. Die Unterprivilegierten Milieus der Gesellschaft können das aus ihrer Ohnmachtslage heraus nur schlecht und setzen daher realistischerweise auf Strategien der Anlehnung an stärkere gewerkschaftliche und parteipolitische Schutzmächte.

12. Die Positionierung der Linkspartei im sozialen Akteursfeld

(1) In diesem Akteursfeld ist die Linkspartei in der öffentlichen Wahrnehmung insbesondere in zwei Zonen ‚aufgestellt‘: bei den aktiveren und teilweise jüngeren Milieus der Bildungsschicht (links oben im sozialen Raum) und bei den Gruppen in unterprivilegierten Lagen, die eine Schutzmacht brauchen. Über die bildungsnahen Gruppen besteht eine Chance, durch einfache Präsenz in den neuen jungen Bewegungen verschiedenster Art nach und nach Vertrauenskapital bei den moderneren jungen Bewegungsmilieus zu bilden (wie eine neue Studie der Luxemburg-Stiftung überzeugend dargestellt hat).

(2) Ein großes, aber noch nicht sichtbar genug aktiviertes Potential liegt in der modernen Arbeitnehmermitte, mit immerhin 35% der Gesamtbevölkerung. Diese Milieus werden in der westlichen BRD besonders von der WASG repräsentiert, von genau jenem Typus von Arbeitnehmervertretern, der sich um die Alltagssorgen im Betrieb, aber auch in der Gemeinde kümmert und nicht selten in der Freizeit noch für linke oder jugendliche Kommunikationszentren aktiv ist. Hier müsste die Luxemburg-Stiftung stärker erkunden, um welche Aktivitäten und Gruppen es sich handelt. Denn es handelt sich um ein riesiges Potential von früheren Wählern der Volksparteien, besonders der SPD, von dem die meisten immer noch eher Nichtwähler bleiben oder die Linkspartei primär als Protestpartei wählen. Eine nachhaltige Wählerbindung kann daraus nur werden durch persönliche Vertrauensarbeit vor Ort, durch die „Akkumulation von sozialem Kapital“.

³ Wir fanden sechs verschiedene „Lager“, zwei konservative, zwei solidaristische, ein rechtspopulistisches und ein postmateriell-radikaldemokratisches. – Diese Lager übergreifen in der Regel mehrere benachbarte Klassenmilieus. Dies hat seinen Grund in der Struktur des politischen Feldes. Politische Ordnungsbilder entstehen nicht gleichsam automatisch aus den Erfahrungen und Merkmalen der Alltagsmilieus. Sie entstehen vielmehr in einem anderen, dem politischen und parapolitischen Feld durch Kämpfe und Konflikte, die gleichzeitig mit kohäsiven Gruppenbildungen verknüpft sind. Sie folgen einer anderen Logik, die historisch (Lepsius 1966) und für die Alternativmilieus der 1980er Jahre (Vester, von Oertzen, Geiling u.a. 2001) untersucht ist.

(3) Ein Problem ist, nicht nur im Osten, die Überalterung der Partei. Allerdings teilt sie das Problem auch mit anderen Parteien, besonders der SPD. Diese Schwäche kann nicht über Nacht abgestellt werden. Es gibt heute nicht weniger gesellschaftlich engagierte Jugendliche als früher. Sie engagieren sich nur mehr im vorpolitischen Raum in Gruppen, in denen wiederum viele Jüngere ihr Engagement und ihren Oppositionsgeist ganz selbstverständlich mit den modernen Informationsmedien entwickeln. Hier entstehen, auch international, neue Gegenöffentlichkeiten. Deren Lebensgefühl ist nicht das der alten Linken, aber es ist links (wie die Studie der Luxemburg-Stiftung ebenfalls bestätigt). Die „Grünen“ repräsentieren dieses Lebensgefühl symbolisch. Wenn es hart auf hart kommt, wird man sehen, dass von ihnen nur die individualistische Variante dieses Lebensgefühls vertreten wird. Die solidarische Variante ist eine für die Linkspartei gelassene Lücke.

Dies aufzubauen, wäre ein langer Prozess. Dieser kann nur von der Basis ausgehen. Es wäre eine lohnende Aufgabe der Luxemburg-Stiftung, über die langweilige Parteienforschung der offiziellen Politikwissenschaft hinauszugehen und die aktiven Mitglieder- und Sympathisantenmilieus der Partei näher zu erkunden und damit auch zu Wort kommen zu lassen.

(4) Die solidarische Variante des oppositionellen Lebensgefühls hätte auch ein eigenes politisches Gesicht, die Wiederaneignung der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, über die öffentlichen Ressourcen und über die Bedingungen am Arbeits- und Ausbildungsplatz.

Alle diese Basispolitiken müssen nicht erfunden oder missionarisch von oben verbreitet werden, sie sind in der Gesellschaft schon vorhanden.

13. Felder der Gegenmachtspolitik

Auch die Interventionsinstrumente der Berufspolitik, von der Kommune und den Betrieben bis zur großen Politik und Wirtschaft müssen überwiegend nicht eigens erfunden werden. Allerdings erfordern sie ein erhebliches professionelles Fachwissen der Experten und Expertinnen in der Berufspolitik. Von diesen müsste die Linkspartei noch mehr für sich gewinnen.

Dabei kommt es nicht darauf an, dass diese Politiken gleich in eine neue, nachkapitalistische, von Grund auf demokratisierte Gesellschaft führen, in eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx/Engels 1959 [1848]; 482) Dies kann nur ein unvorstellbar langer Prozess sein. Als Kriterium gesellschaftsverändernder Reformen hat Marx, wie Engels, nur eins verlangt: sie müssen autonome, von der sich befreienden Klasse selbst gesteuerte Gegenmacht sein. Als Beispiele nannten sie von den Arbeitern oder dem Volk selbstverwaltete Gewerkschaften, Produktivgenossenschaften, Kommunen, ja sogar Schulen.

(1) Heute kann *makroökonomisch* angeknüpft werden an die keynesianischen und linkskeynesianischen Konzepte einer Kontrolle des internationalen Währungs- und Finanzmarktsystems, der progressiven Besteuerung, der antizyklischen Haushaltspolitik, des Ausbaus des Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Infrastruktursystems und anderer wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen und der Kommunalisierung. Hinzu kommen rechtliche und sozial effektive Gleichstellungen der Frauen, der Zuwanderer und anderer diskriminierter Gruppen.

(2) *Unternehmenspolitisch* kann angeknüpft werden an alle rechtlich-institutionellen Formen, die die Menschen aus Untertanen schrittweise in Subjekte verwandeln, also Arbeitsrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung der Unternehmen, Mitbestimmung und Gruppenarbeit am Arbeitsplatz, Tarifautonomie usw.

(3) Analoges gilt für die *Sozialpolitik*, die die Umverteilung der materiellen Güter und moralischen Achtung von unten nach oben umdreht. An dem Konflikt zwischen den großen Energiekonzernen und den oft auch dezentralen Erzeugern von erneuerbarer Energie ist deutlich zu sehen, dass es um die Profitpolitik geht. Nicht zuletzt können die von den neuen sozialen Bewegungen erkämpften Mitwirkungs- und Einspruchsrechte der Bürgerinnen und Bürger erheblich weiterentwickelt werden, wie nicht nur das Beispiel „Stuttgart 21“ zeigt.

Bei fast allen diesen Gegenmachtregungen und -rechten geht es um Rückgewinnung des Öffentlichen durch eine solidarische Kontrolle von unten. Hier könnte eine Linkspartei mit den mehr individualistischen „Grünen“ und den mehr technokratischen Sozialdemokraten in einen edlen Wettbewerb eintreten.

14. Perspektiven der wirtschaftlichen Stagnation und des Pfadwechsels

Schließlich und nicht nur vordergründig geht es um die Frage, wer das bezahlen soll. In den drei bisherigen Hauptkonzepten der gesellschaftspolitischen „Pfade“ sind die Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik eng miteinander verkoppelt. Es geht über die Tarifpolitik um höhere Löhne, über die Sozialpolitik um höhere Versorgung, über die Wohlfahrtspolitik um den Ausbau der sozialstaatlichen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur, Infrastrukturen).

Man darf es sich nicht zu einfach machen, das neoliberale Konzept allein wegen seiner Krisenrisiken und sozialen Polarisierungen abzulehnen. Der gegenwärtige Zwischenboom des Exports zeigt, dass es auch etwas für die Inlandsnachfrage bewirkt. Aber um welchen Preis und wie lange noch? Je mehr durch exportfördernden Kostensenkungen die Inlandsnachfrage gedämpft wurde, desto mehr wurde die Gesamtnachfrage vom Export abhängig. Durch enorme gewinnfördernde Steuer- und Kostensenkungen stiegen nicht nur die sozialen, sondern auch die ökonomischen Kosten der gesteigerten Exportorientierung. Die Disparitäten zwischen Ländern, die zu viel und die zu wenig exportierten, nahmen ebenso zu wie die Schwäche der heruntergesparten Inlandsnachfrage. Durch die jetzige Wirtschaftskrise ist der Export in die hoch entwickelten kapitalistischen Schuldnerländer erheblich eingebrochen. Der Rückgang des Exports in die Schuldnerländer wird aber nun teilweise kompensiert durch Exporte in die wachsenden neuen Industrieländer in Asien und Lateinamerika. Diese Länder stabilisieren den deutschen Export durch ihre Nachfrage vor allem im Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, machen aber dem deutschen Export zunehmend selber Konkurrenz. Sie puffern gleichwohl extreme Exportrückgänge auf längere Zeit ab. Sie ändern damit aber nichts an der langfristigen Stagnationstendenz, sie begrenzen nur ihre katastrophisch-schockartigen Erscheinungsformen.

Die Bundesrepublik steht daher weiterhin unter Druck, ihr hochexpansives Exportmodell maßvoller zu gestalten und zum Ausgleich die Inlandsnachfrage, also Sozialstaatsausgaben, Arbeitseinkommen und die Dienstleistungen, wieder zu erhöhen. Das stützt die Kräfte eines Pfadwechsels zu einem modernisierten ökologischen und wohlfahrtsstaatlichen Modell.

Aus den neoliberalen Jahren hat sich in den Köpfen vieler die Vorstellung festgesetzt, wir lebten wieder in der alten Mangelgesellschaft, in der die Arbeitsproduktivität, der gesellschaftliche Reichtum und die staatlichen Haushaltsmittel sehr gering sind und die knappen Kassen durch die wachsende Zahl der Alten, der Jungen und in der Ausbildung Befindlichen der ausländischen Zuwanderer usw. usf extrem überfordert würden. Daher würden sich Staat und

Gesellschaft zu Lasten der kommenden Generationen unverantwortlich verschulden. Also komme es darauf an, diese vermeintliche Vergeudung von Ressourcen durch „Sparen“ herunterzufahren: Ein Schuljahr weniger zum Abitur, größere Schulklassen, Lehrmittel selber kaufen, Studiengebühren, mehr Eigenleistung im Krankheitsfall, private Bildungs- und Pflegeeinrichtungen, Kürzung des Rentenalters um zwei Jahre, Herunterfahren von Stadtteilbüchereien, Schwimmbädern usw. usf.

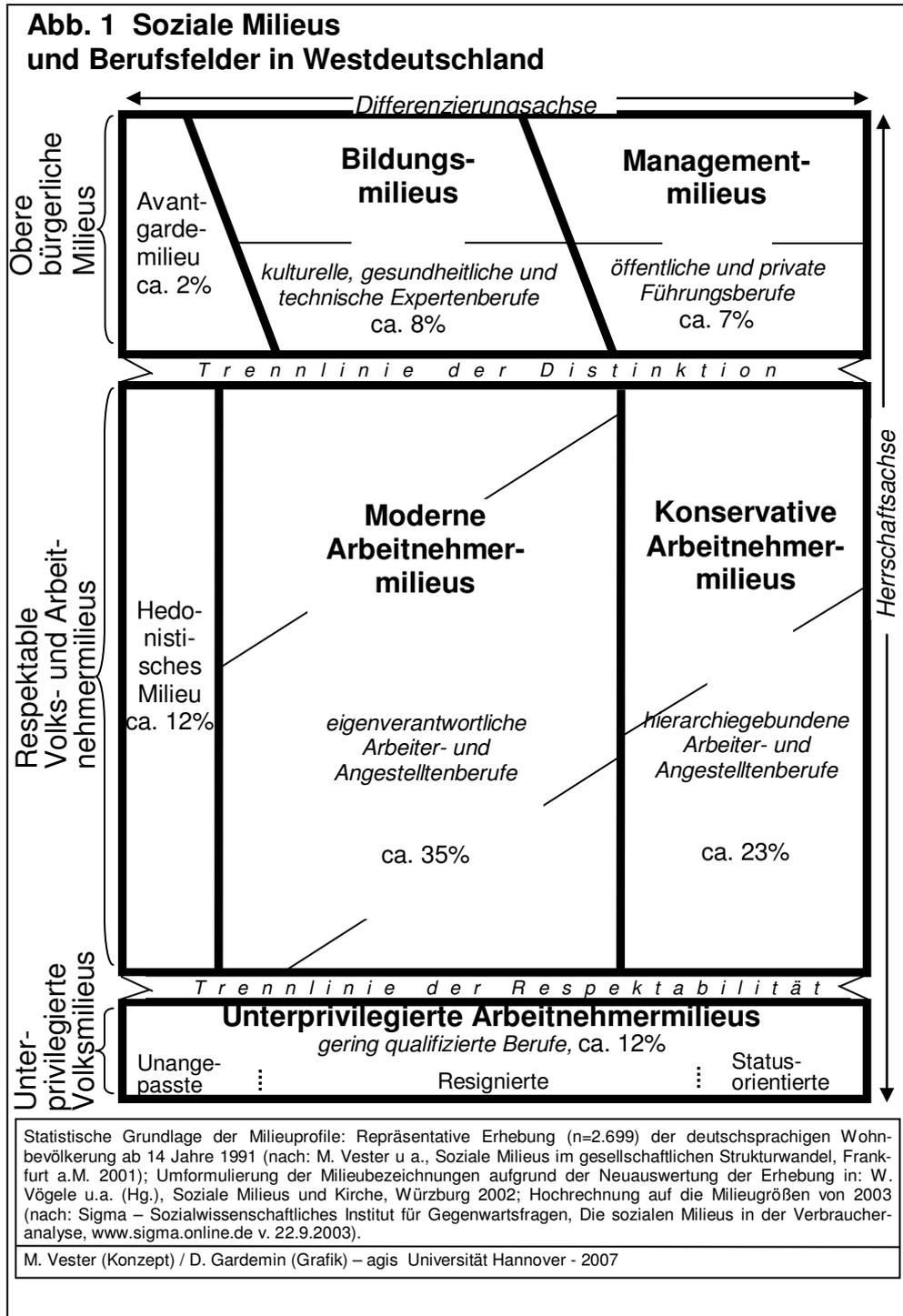
Ist das wirklich alles nicht bezahlbar? Da helfen Kenntnisse der Zins- und Zinseszinsrechnung, wie es der keynesianische Ökonom Karl Georg Zinn rät. Selbst bei einem mäßigen Wirtschaftswachstum von etwa zwei Prozent verdoppelt sich das Bruttosozialprodukt alle 20 bis 25 Jahre. Bei einem hohen absoluten Umfang des BSP sind dies, absolut gesehen, weit mehr als zehn Prozent in einem Land, das sich gerade von Armut und Mangel zu befreien beginnt. Wenn bei diesem Reichtum die progressive Besteuerung, wie sie andere hoch entwickelte Länder noch haben, wieder ernst genommen würde, könnten ohne weiteres alle Wohlfahrtsleistungen, die heute angeblich zu teuer sind, bezahlt werden – und die ökologische Wirtschaftsumstellung dazu.

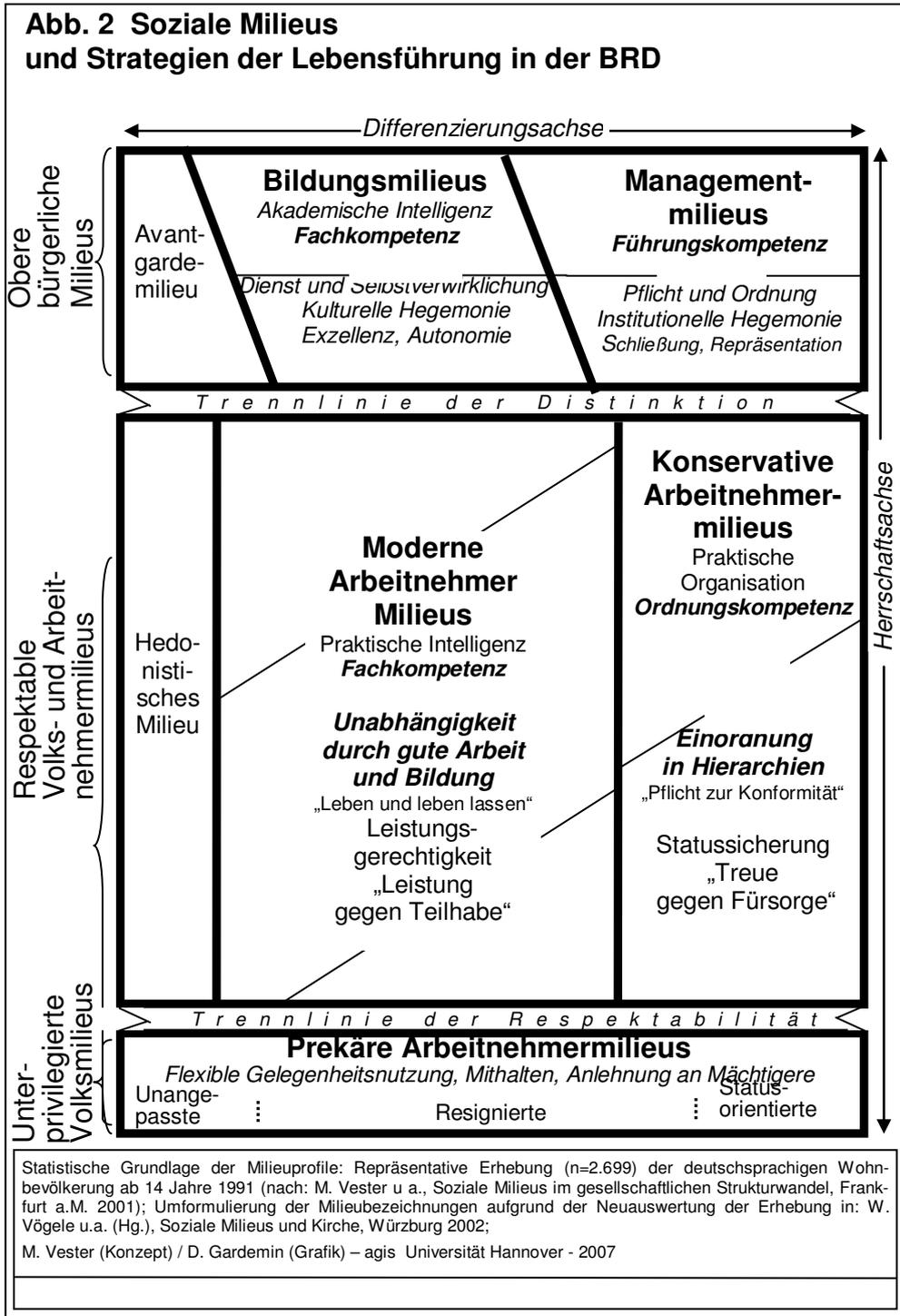
Die neoliberale Politik wird von weniger als zehn Prozent der Bevölkerung gutgeheißen. Mehr als 80 Prozent unterstützen eine Rückkehr zu einem Wohlfahrtsstaat in konservativer oder sozialdemokratischer Prägung. Das Problem liegt eher darin, ob die in den Volksparteien maßgeblichen Machtgruppen in ihrer Mehrheit ebenfalls wohlfahrtsstaatlich oder aber neoliberal tendieren. Wie die Wahlergebnisse zeigen, gehören die wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen der Bevölkerung zu den dauerhaften Verhaltensdispositionen. Doch die neoliberalen Fraktionierungen, die in den Volksparteien nach 1990 die Vorherrschaft gewonnen haben, sind immer noch stark. Die neoliberale Weichenstellung hat seit etwa 1991 bei einer Mehrheit der Bevölkerung, wie Umfragen bestätigen, zur „politischen Verdrossenheit“ von mehr oder minder 60% geführt. Erhebliche Wählerpotentiale sind von den Volksparteien zu den kleinen Parteien bzw. der Gruppe der Nichtwähler abgewandert. Dies hat zu einer „Krise der politischen Repräsentation“ beigetragen (Vester u. a. 2001: 116-118). Der Druck wird zunehmend außerparlamentarisch.

Literatur

- Hartmann, Michael (2002): Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Kaase, Max (1984): The Challenge of the 'Participation Revolution', in: International Political Science Review, vol. 5 (3), S. 299-318.
- Lepsius, Mario Rainer (1993 [1966]): Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 25-50.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Bd.4, S. 457-493.
- Popitz, Heinrich/Bahrndt, Hans-Paul/Jüres, Ernst August/Kesting, Hanno (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen: Mohr.
- Rudzio, Wolfgang (2003): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 6. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Vester, Michael (2006): Die ständische Kanalisierung der Bildungschancen, in: Werner Georg (Hg.), Soziale Ungleichheit im Bildungssystem, Konstanz: UVK, S. 13-54.
- Vester, Michael (2010): „Orange“, „Pyramide“ oder „Eieruhr“? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: Nicole Burzan/ Peter A. Berger (Hg.) 2010: Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden: VS 2010, S. 55-78.

Anhang





Die Differenzierung der westdeutschen sozialen Milieus

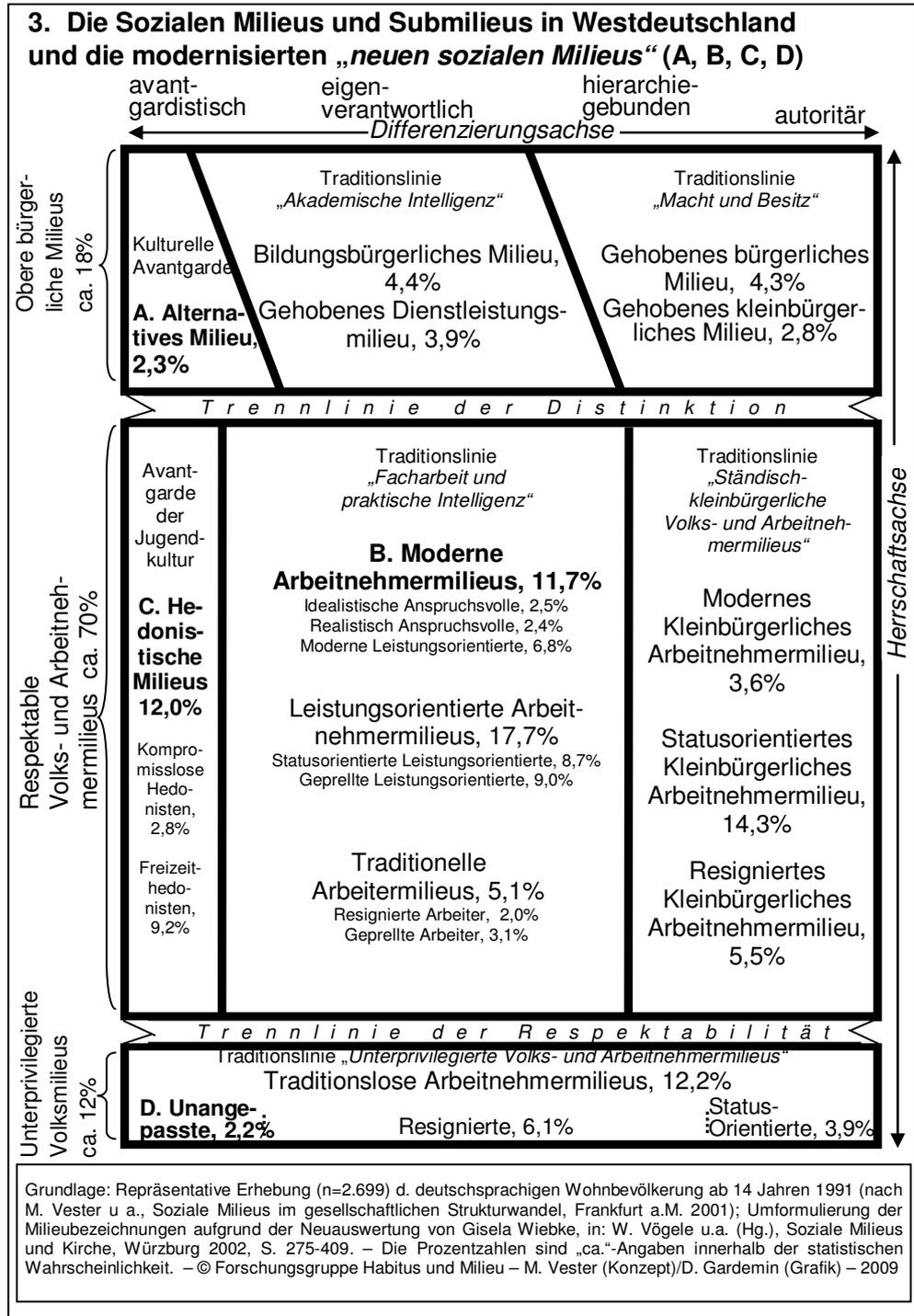
In der differenzierenden ‚Landkarte‘ der sozialen Milieus (Abb. 5) wird die durch Clusteranalysen empirisch ermittelte Untergliederung der Milieus präziser sichtbar. Die Gesamtgliederung in fünf große genealogische Linien oder Traditionslinien (und zwei ‚Ableger‘ von ihnen am linken Rand) bestätigt die Richtigkeit von schon länger üblichen sozialen Unterscheidungen. Die Zweiteilung der oberen Traditionslinien entspricht ihrer Bezeichnung durch die geläufigen Gegensatzpaare ‚Geist und Macht‘, ‚Bildung und Besitz‘ oder – in heutiger Form – ‚Akademiker und Führungskräfte‘. Die Dreiteilung der übrigen Traditionslinien bestätigt die Richtigkeit älterer Einteilungen der Volksklassen, die nicht unbekannt, aber in ihrer Bedeutung selten erkannt worden sind. Schon Marx und Engels unterschieden, auch bei ähnlicher äußerer Soziallage, drei nach geschichtlichem Erfahrungshintergrund grundsätzlich verschiedene *sozio-kulturelle Identitäten* der abhängig arbeitenden Klassen: die „kleinbürgerlichen“ Arbeiter, das „Lumpenproletariat“ und die modernen, interessenbewussten Fraktionen der Lohnarbeiter (1959 [1848]: 465, 471-473). In ihrer großen Studie über das Gesellschaftsbild der Arbeiter unterschieden Popitz, Bahrnt u. a. (1957) unter anderem Namen die gleichen drei Typen. Auf diese wird in der folgenden Zusammenfassung an Ort und Stelle verwiesen.

Die fünf großen Gruppen sind in 14 mittlere Untergruppen und Ableger unterteilt, die ihrerseits noch weiter, in insgesamt 20 Submilieus, untergliedert sind. Diese feinere Unterteilung hat es ermöglicht, mittels der in der Repräsentativbefragung ebenfalls erhobenen statistischen Merkmale die moderneren, jüngeren Milieus zu identifizieren. (Sie sind unten und in der Abbildung mit A, B, C und D bezeichnet.) Diese waren bis 2003 zusammen bereits auf etwa 28% der Gesamtbevölkerung angewachsen. Ihr Habitus teilt zwar mit dem elterlichen Habitus noch die Grundzüge, zielt aber viel entschiedener auf Kompetenz- und Partizipationserweiterung. In begrenzter Form zeigen sich solche Modernisierungen aber auch in den konservativen Traditionslinien, insbesondere im ‚Modernen kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieu‘ (3,6%).

1. und 2. Traditionslinie - Die oberen bürgerlichen Milieus: Oben nehmen diejenigen, die einen distinktiven Habitus aufweisen, auch die führenden Berufsstellungen ein. Es sind die Milieus des Eigentums, der institutionellen Herrschaft und der höheren Bildung mit etwa 18% der Bevölkerung. Alle oberen Klassenfraktionen kultivieren einen distinktiven Geschmack und Lebensstil und eine „führende“ Rolle in der Gesellschaft. Trotz innerer Differenzierungen sind sich diese Fraktionen in ihren Politiken sozialer „Schließung“ (Weber 1972 [1921]: 23, 201f) einig; nur selten akzeptieren sie Neuaufsteiger in ihren Kreisen. Diese Politiken funktionieren in Deutschland nicht sosehr über Eliteschulen oder -hochschulen wie in England, den USA und Frankreich, sondern über subtile Mechanismen der Selektion nach dem Habitus (Hartmann 2002), die auch als informelle Zugangsbarrieren im Bildungssystem wirken. Geschmack und Schließungen bilden eine unsichtbare Trennlinie der Distinktion gegenüber den Volksmilieus. In sich selbst differenzieren sich die oberen bürgerlichen Milieus in eine Traditionslinie der institutionellen Macht und eine Traditionslinie der Bildung sowie ein aus beiden Traditionslinien gespeister Ableger, ein ‚Avantgardemilieu‘, dessen Platz von dem *Linksalternativen Milieu (A)* eingenommen wurde.

(1) Rechts oben im sozialen Raums sehen wir die Milieus der *institutionellen Herrschaft*, d.h. der leitenden Stellungen in den privaten und öffentlichen Managements und in den renommiertesten freien Berufen in der Medizin, Justiz usw. Diese hohen Positionen werden seit Generationen in den Familien weitergegeben. Es überrascht nicht, dass die Angehörigen dieser Milieus Autorität, Disziplin und Einordnung betonen und einen repräsentativen Stil pflegen, der imponiert ohne zu protzen.

(2) Links davon sehen wir die *akademische Intelligenz*, d.h. die Berufsgruppen der höheren Dienstleistungen, vor allem in Expertenberufen der Bildung, der Kultur, der Kommunikation, der Gesundheit, des Sozialwesens und der Technologie. Die Angehörigen der Milieus unterscheiden sich von der ‚Machtorientierung‘ der anderen oberen Milieus und vom ‚Materialismus‘ der Volksmilieus.



3. und 4. Traditionslinie - Die ‚respektablen‘ Volks- und Arbeitnehmersmilieus. Sie bilden mit etwa 70% die große Mitte der Gesellschaft. Sie umfasst heute überwiegend Arbeitnehmer und nur noch wenige kleine Selbstständige, da nach 1950 infolge der Besitzkonzentration viele von ihnen in Arbeitnehmerberufe übergewechselt sind. Für Angehörigen beider Traditionslinien ist gute Facharbeit als Arbeiter oder Angestellte und ein sicherer und respektierter sozialer Status die Grundlage von Achtung und Selbstachtung. In der Mitte sehen wir die gleiche horizontale Fraktionierung in Traditionslinien wie in den oberen Milieus und einen ‚Ableger‘ – das eher jüngere *Hedonistische Milieu* (C), das aus Kindern der beiden Traditionslinien besteht, die sich gegen die Leistungs- und Pflichtmoral der Elterngeneration jugendspezifisch abgrenzen.

(3) Die Angehörigen der modernen Traditionslinie der *Facharbeit und der praktischen Intelligenz* (ca. 35%) suchen Unabhängigkeit von Autoritäten und wollen diese auf gute Fachausbildung und Facharbeit sowie gegenseitige Solidarität gründen. Sie entsprechen den Gesellschaftsbildern des „progressiven Ordnungsgefüges“ und der „Reform der Gesellschaftsordnung“ bei Popitz, Bahrnt u. a. (1957: 193-201, 216-221).

Die Angehörigen dieser Milieus sind (meist männliche) Facharbeiter und (oft weibliche) Fachangestellten in sich modernisierenden mittleren Berufen und moderne kleinere Selbstständige. Ihr zentraler Wert ist ein realistischer Grad von Autonomie. Relative Unabhängigkeit von äußeren Autoritäten und Zwängen soll über Strategien der Fachqualifikation und Selbstständigkeit erreicht werden, d.h. gute Arbeitsleistung, anhaltende Bildungsanstrengungen und die Solidarität in Familie, Nachbarschaft und Kollegenkreis. Ihre Lebensführung ist weitgehend durch eine Variante der Weberschen „protestantischen Ethik“ strukturiert, die nicht nur auf ein asketisches Arbeitsethos setzt, sondern für hohe Leistung auch soziale Teilhabe – das Recht, die Früchte der eigenen Mühen zu genießen – verlangt. Sie folgen einer Art von demokratischem Universalismus: jeder Mensch soll nach seinen praktischen Werken beurteilt werden, unabhängig von Geschlecht, Altersgruppe, Ethnie oder Klassenherkunft. Solidarität bedeutet nicht Kollektivismus um jeden Preis, sondern folgt der alten Volkstradition der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe und der Nothilfe von ansonsten unabhängigen Zusammenlebensgemeinschaften (vgl. Weber 1972 [1921]: 216).

Insgesamt hat sich diese Traditionslinie mit dem Generationenwechsel modernisiert. Die älteste Generation, das *Traditionelle Arbeitermilieu*, das Lebenssituationen des Mangels mit Strategien der Bescheidenheit zu bewältigen suchte, ist auf etwa 5% geschrumpft. Die mittlere Generation, die *Leistungsorientierten Arbeitnehmer*, die für höhere Leistung auch mehr Teilhabe verlangen, umfasst gleich bleibend etwa 18%. Die jüngste Generation, die *Modernen Arbeitnehmer* (B), die mehr auf Autonomie, Bildung und Partizipation setzen, ist um 1980 neu entstanden und bis 2003 auf etwa 12% angewachsen.

(4) Die Angehörigen der *ständisch-kleinbürgerlichen Traditionslinie* suchen Sicherheit in der Einordnung in Autoritätshierarchien, sie entsprechen dem Gesellschaftsbild des „statischen Ordnungsgefüges“ bei Popitz, Bahrnt u. a. (1957: 186-193).

Die Angehörigen der kleinbürgerlichen Volks- und Arbeitermilieus sind überwiegend kleine Beschäftigte und Selbstständige in traditionellen Berufen. Mit ihren bescheidenen materiellen und kulturellen Ressourcen gehören sie oft zu den Verlierern der ökonomischen Modernisierung. Sie suchen Sicherheit in den Hierarchien der Familie, der Arbeit und der Politik. Dem entspricht ein konventioneller und autoritärer Habitus. Dieser lockert sich allerdings etwas auf bei der jüngeren Generation, dem auf 3,6% angewachsenen *Modernen kleinbürgerlichen Arbeitermilieu* (ca. 4%). Seine Angehörigen erwarten von Unternehmern und Politikern als Gegenleistung für ihre Loyalität auch einen gewissen sozialen Ausgleich und gewisse Mitwirkungsrechte und befürworten eine wenigstens begrenzte Gleichstellung von Frauen und Zuwanderern.

(5) Die *Unterprivilegierten Volksmilieus* oder ‚Unterklassen‘ haben nur geringe Ausbildungen und Qualifikationen. Sie bevorzugen Strategien, die einer Lage der Unsicherheit und Machtlosigkeit angepasst sind. Den Ausschluss von Macht und Respektabilität verarbeiten sie nicht (wie manche annehmen könnten) mit Militanz. Sie sind sich der Risiken, destabilisiert und stigmatisiert zu werden, sehr bewusst und kultivieren daher Strategien der flexiblen Gelegenheitsnutzung, des Mithaltens mit den Standards der ‚respektablen‘ Milieus über ihnen, der Anlehnung an Stärkere und der Investition in hilfreiche persönliche Beziehungen anstatt in Bildung. Die Traditionslinie entspricht den Gesellschaftsbildern der „Dichotomie als kollektives Schicksal“ und der „Dichotomie als kollektives Schicksal und individueller Konflikt“ bei Popitz, Bahrnt u. a. (ebd.: 201-215).

Die Traditionslinie unterteilt sich in drei Untergruppen – die konservativen *Statusorientierten* (ca. 3%), die auf den Schutz von Hierarchien setzen, die arbeitnehmerischen *Resignierten* (ca. 6%), die insbesondere in Gewerkschaften ihre Schutzmacht sehen, und die *Unangepassten* (ca. 2%), die mehr auf Selbstverwirklichung und Teilhabe an den modernen Lebensstilen setzen.

Abb. 4 Gesellschaftspolitische Lager im Raum der Klassenmilieus

Abb. 2

